

Leipziger Tageblatt

und

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 230

Hauptredakteur: Dr. Coerth, Leipzig

Mittwoch, den 21. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Clemenceau gegen Brockdorff-Rantzau

Bersärfte Bedingungen auch für Oesterreich?

Wien, 20. Mai. (Drahtbericht.) Unseres Wiener Mitarbeiters) Unter dem Titel „Gewaltfrieden auch für Deutsch-Oesterreich“ schreibt die „Wiener Mittagszeitung“: Sowohl in der deutschen als auch in der deutsch-oesterreichischen Frage scheint plötzlich durch irgendwelche noch nicht bekanntgewordene Informationen oder Neuorientierung eine Wendung zum Schlechten eingeleitet zu sein. Dem Vornehmen nach beharrt die Entente auch gegenüber Deutsch-Oesterreich auf dem Gewaltfrieden, was sie mit der Haltung in der Anschlussfrage begründet. An irgendwelche territoriale Zugeständnisse sei nicht mehr zu denken. Auch in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung könne über die ausgezogene Grenze nicht hinausgegangen werden.

Die „Korrespondenz-Rundschau“ meldet aus Genf: Der Entwurf der Friedensbedingungen, die nach den letzten Meldungen der deutsch-oesterreichischen Delegation am 22. Mai überreicht werden sollen, ist in der endgültigen Fassung von Pichon, Walfour, Sonnino, Lansing und Makino redigiert. Als Unterlagen wurden Berichte

ermittelt, die die Ausschüsse für tschecho-slowakische, polnische, süd-slawische und rumänische Angelegenheiten sowie die Wiener Entente-Kommissionen vorgelegt hatten. Der „Wiener Mittag“ veröffentlicht diese Meldung unter dem Titel: „Die Tschechen diktiert die Bedingungen für uns.“

Die Anschlussfrage

Wien, 21. Mai. (Drahtbericht.) In die groß-deutsche Vereinigung ist aus St. Germain folgendes Telegramm an den Abgeordneten Dr. Schönbauer eingetroffen: Die vielfach gegebene Versicherung, daß der Republik Deutsch-Oesterreich der Anschluss an das Deutsche Reich vermehrt werden solle, daß aber keine territorialen und finanziellen Zugeständnisse für den Verzicht auf den Anschluss gegeben werden, scheint leider den Tatsachen zu entsprechen. Man muß den Eindruck gewinnen, daß keinerlei Entgegenkommen von Seiten der Ententevertreter in Paris den Deutschen gegenüber zu erwarten sein wird. Jede des deutsch-oesterreichischen Volkes wird es nun sein, durch entsprechende Kundgebungen der Welt zu zeigen, daß es bezüglich seiner wirtschaftlichen Ziele eines Willens ist und sich auch nicht durch planmäßig in Szene gesetzte Jerschläge davon abbringen lassen wird, das angestrebte Ziel auch weiterhin zu verfolgen und alles zu seiner Erreichung zu unternehmen.

Neue Ränke

E. E. Das deutsche Volk ist in der letzten Zeit durch seine Feinde wahrlich an starke Zumutungen gewöhnt worden. Aber wenn wir mit dem Inhalte der Friedensbedingungen soeben fertig und uns klar geworden sind, wie wir uns dazu zu stellen haben, so kommen neue Nachrichten von drüben über die Art, wie man nun die Annahme dieser Bedingungen durchzuführen gedenkt, Pläne, die kaum mindere Entrüstung wecken können als der Vertragsentwurf selber. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat von französischen Absichten erzählt, dem widerstrebenden Deutschland gegenüber das Prinzip des „teile und herrsche“ anzuwenden, in dem man die einzelnen, namentlich die süddeutschen Bundesstaaten, aber auch Sachsen, mit dem Versprechen besonderer Erleichterungen zu ködern und für Sonderabmachungen zu gewinnen sucht. Und der „Tomp“ bestätigt diese Mitteilung im wesentlichen.

Es ist auch nur zu glaublich, daß man drüben solche Gedanken erwägt. Man würde ja, wenn dieser Anschlag gelänge, nicht nur den erwünschten Frieden erreichen, sondern ein noch viel größeres Ergebnis, nämlich die Zerstückelung des Deutschen Reiches erzielen. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß man sämtlichen deutschen Einzelstaaten, am Ende auch Preußen, erhebliche Erleichterungen gewähren würde, wenn das Deutsche Reich sich bereit erklärte, sich aufzulösen. Wie man in solchen Fällen mit den Splittern großer politischer Verbände umzugehen sich bemüht, zeigt das Beispiel Oesterreichs, dessen Teile man weit mehr entgegenkommt, als man es gegenüber dem Gesamtstaate von ehemals tun würde. Zugleich aber erinnert die Politik der Entente Deutsch-Oesterreich gegenüber daran, wieviel ihr darauf ankommt, einen Anschlag dieses Landes an das Deutsche Reich und dadurch eine neue Stärkung des Reiches zu verhindern. Selbst Amerikaner sind der Ansicht, daß in solchem Falle Deutschland mehr gewinne, als es verlieren soll. Kurzum, die Hoffnung der Entente, die deutschen Stämme wieder zu zerpalten, ist nur zu begründlich. Der Marschall Foch, der neulich in Wiesbaden war, hat dort ja auch nicht unterlassen, hervorzuheben, wie auf es eigentlich doch den besetzten Gebieten ginge, im Vergleich zu dem übrigen Deutschland, wo zum Teil blutige Unruhen gebricht hätten.

Wir sind fest überzeugt, daß alle diese Spekulationen fehlschlagen werden. Wir glauben, daß selbst in Bayern kein Boden mehr für solche Umtriebe vorhanden ist. Der deutsche Partikularismus würde sich ja ein ungeheuerliches Denkmal setzen, wenn er — auf solche Versuchungen hin — über das Streben zur Volkseinheit triumphierte. Er würde die ganze deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts rückgängig machen, deren Wesen für das deutsche Volk auf politischem Gebiet in dem Drängen zum einheitlichen Reich gelegen hat. Nicht nur das Werk von 1870-71 würde dahinfallen, dem bisher doch nur die kalterliche Spitze abgeklungen ist und dem nur einzelne Teile abgerissen werden sollen; weit darüber hinaus würde alles politische und nationale Sehen von Generationen der besten Männer, seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts an, nachträglich als tragikomischer Irrtum hingerichtet werden: Das Volk, um dessen Willen jene Männer gearbeitet und gekämpft haben, sollte in einer weltgeschichtlichen Stunde, da seine Feinde trotz aller Trübsal fast vielmehr um eine weitergehende Einigung des Volkes durch Gewinnung der bisher österreichischen Stammenteile bemüht, die Ergebnisse der Arbeit jener Vorläufer freiwillig hinwerfen? Ergebnisse, die auch in Zukunft, wenn das Werk des Anschlusses von Deutsch-Oesterreich jezt nicht gelingt, die Grundlage unbedingter darauf gerichteter Hoffnungen bleiben können!

Ein deutscher Partikularismus, der das alles unter den jetzt geplanten Umständen aufgab, würde in einem so kläglichen Licht bei den späteren Geschlechtern des eigenen Volkes und der anderen Nationen dastehen, daß nichts, was uns bisher geschehen ist oder sonst geschehen kann, an die Unehre eines solchen Verhaltens heranzureichen vermöchte. Denn es wäre ja nicht eine Auslösung von innen heraus, etwa infolge der alten Zwietracht und Haberdurch der deutschen Stämme; der Zerfall geschähe auch nicht durch Gewalt, die von außen einbränge, sondern — es würde ein Geschäft daraus gemacht! Um wirtschaftlicher Vorteile willen würde ein deutsches Volk, das sich da zu bergabe, alle natürlichen Geübelle der Zusammengehörigkeit preisgeben, seine Blutsverwandtschaft verraten. Bisher stand uns die Frage über die beachtlichste Abtrennung von einzelnen Teilen des deutschen Volkes vom Gesamtkörper der Nation obenan unter allen Beschwerden, die wir gegen den feindlichen Entwurf vorzubringen hatten — und jetzt sollte das deutsche Volk ein weit schlimmeres Zerbrechen seines ganzen Körpers, nicht bloß die Abspaltung einiger Glieder, hinnehmen und nur noch auf angebliche wirtschaftliche Vorteile sehen, die es dafür einhandeln könnte?

Angestliche! Denn das Geschäft wäre zu allem Schmachlichen auch noch ein schlechtes Geschäft. Es würde sich lediglich um augenblickliche Erleichterungen handeln, die durch schwere, dauernde wirtschaftliche Nachteile erkauf werden müßten. Es braucht gar nicht des weiteren ausgeführt zu werden, was die wirtschaftliche Beschaffenheit des Reichsgebietes seit langen Jahrzehnten bedeutet hat, und wie man auf dem Wege zur deutschen Einheit gerade in wirtschaftlichen Dingen zuerst, im Jollereim, dem Ziele nahegekommen ist. Der Minister Schwarz hat im besonderen auf die Folgen hingedeutet, die eine Zerstückelung für die deutsche Arbeiterklasse haben müßte; anderen Wirtschaftskreisen braucht man nicht erst klarzumachen, ein wie unmöglicher Handel uns in jenem Plane der Entente zugemutet wird, und wie nicht allein der politische, sondern auch der ökonomische Gewinn dabei ganz ausschließlich auf Seiten der Feinde wäre.

Der deutsche Partikularismus ist ja nicht ohne Schuld daran, daß solche Ermüdungen, die im Jettalter des Nationalismus auch der kleinsten Völker für jedes Volk eine Verschimpfung darstellen würden, in unserem Fall überhaupt angestellt werden können. Wir haben die inneren Keibereien und Streitigkeiten immer häufiger

Die Ankündigung der deutschen Gegenvorschläge

Verfaillies, 20. Mai. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, hat heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet:

Verfaillies, 20. Mai.

Die deutsche Friedensdelegation beschließt, in den nächsten Tagen nach über folgende Punkte Mitteilungen an die alliierten und assoziierten Regierungen gelangen zu lassen, von denen sie annimmt, daß sie unter den Begriff der praktischen Vorschläge fallen:

1. eine Note über die territorialen Offfragen,
2. eine Note über Elsass-Lothringen,
3. eine Note über die besetzten Gebiete,
4. eine Note über Umfang und Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadenersatzverpflichtungen,
5. eine Note über die weitere praktische Behandlung der Fragen des Arbeiterrechts,
6. eine Note über die Behandlung deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland.

Außerdem ist eine Zusammenfassung von Bemerkungen in Arbeit, zu denen der Entwurf des Friedensvertrages in seinen Einzelbestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet. Da die hier behandelten Fragen zum Teil sehr verwickelter Art sind und mit Sachverständigen sowohl in Verfaillies als auch in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden sie in der von Eurer Exzellenz am 7. Mai bezeichneten Frist von fünfzehn Tagen nicht vollständig erledigt werden können, wenn die Delegation sich auch bemühen wird, möglichst viele der Noten innerhalb der Frist zu übergeben. Mit Rücksicht hierauf, stelle ich namens der deutschen Friedensdelegation den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten schon jetzt als zum Gegenstand von schriftlichen Erörterungen gemacht anzusehen und uns für seine eingehendere Darlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Brockdorff-Rantzau.

Verfaillies, 21. Mai. (Drahtbericht.) Unseres nach Verfaillies entlassenen Sonderberichterstatters) Man nimmt in Kreisen der deutschen Delegation an, daß die Entente bereit sein wird, uns eine längere Ergänzungsfrist zu gewähren. Die französische Presse gibt gemeinhin acht Tage an. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Frist einen längeren Zeitraum umfassen wird.

Ursprünglich war man deutschseits entschlossen, die Frist vom 22. Mai unter allen Umständen einzuhalten. Daher waren die deutschen Gegenvorschläge unbeschadet ihrer bisherigen Unvollständigkeit nach Verfaillies telegraphiert worden, um sie der Entente zu übergeben. In Kreisen der deutschen Delegation ist man inzwischen zu der Auffassung gelangt, daß die Entente sich mit der Frage weiterer Verhandlungen beschäftigt und bereits endgültige Beschlüsse gefaßt hat. Es heißt, daß der Vorschlag französischer Politiker, die eine rein formelle und ganz kurze Abrechnung mit Deutschland wünschten, im Rat der Vier nicht durchgedrungen sei. Wilson und Lloyd George sollen erklärt haben, daß man sich mit den Deutschen aussprechen müsse, bevor man sie zur Unterzeichnung zwingt. Von vornherein habe Wilson den Standpunkt vertreten, daß die bewilligte Frist von 14 Tagen den Deutschen Gelegenheit geben sollte zu Gegenvorschlägen, das sich aber hieran eine weitere Frist für gegenseitige Verhandlungen anschließen müsse.

Die von uns auf wirtschaftlichem Gebiet beabsichtigten Gegenvorschläge sind es vor allem, die nach den letzten Nachrichten aus dem Ententelager zu einer neuen und genaueren Ueberprüfung und Umarbeitung genötigt haben, und die die Delegation bestimmt haben, um die Fristverlängerung nachzusuchen. Man hofft auch, daß inzwischen auf die zahlreichen deutschen Noten eine materielle Antwort der Entente eingehen wird, die uns zur Ausarbeitung unserer Gegenvorschläge, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, wichtige Fingerzeige geben soll. Es muß noch einmal festgestellt werden, daß es sich nur um gewisse wirtschaftliche Fragen handelt, bei denen man die endgültige Fassung der Gegenvorschläge noch etwas hinauszuziehen möchte. Die Gegenvorschläge über andere Punkte sind zum Teil bereits übergeben oder werden es noch bis Freitag. Die Pariser Presse nimmt das etwas unerwartet kommende und sensationell anmutende Ersuchen um Fristverlängerung mit Beunruhigung, aber keineswegs ablehnend auf.

Die ablehnende Antwort Clemenceaus in der Schuldfrage

Genf, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Bureau Europa-press meldet: Wie Haas berichtet, beantwortete Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen die Note der Deutschen über die Wiedergutmachung und über die Zurückweisung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges wie folgt:

Herr Präsident! In Ihrer Note vom 12. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der „Annahme“ der Verpflichtung der Entschädigung im November 1918 nicht zugebe, daß diese Annahme die Verantwortung für den Krieg durch die Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schließt. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Urhebers der Schäden zugrunde liegt. Sie sagen hinzu, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe. Es ist aber in der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgeht. Die deutsche Regierung hat in keinerlei Weise gegen diese Behauptung Verwahrung eingelegt, ihre Wohlbedachttheit also anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit klar und stillschweigend angenommen. Sie erklären weiter, daß das deutsche Volk für die Handlungen der früheren Regierung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Eine solche Behauptung würde allen Prinzipien des Völkerbundes zuwiderlaufen. Eine Veränderung eines politischen Regimes oder eine Änderung des leitenden Personals würden nicht genügen, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen unmöglich zu machen. Weder im Frieden von 1871 gegenüber Frankreich noch der Ausrufung der Republik, noch 1917 gegenüber Rußland nach der Abschaffung des Zarismus wurde diesen vorgetragenen Prinzipien gemäß gehandelt. Sie verlangen gänzliche Uebermittlung des Verzeichnisses der Kommission für die Verantwortlichkeit. Hierzu haben wir die Ehre zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission als Dokumente innerer Angelegenheiten betrachten, die Ihnen nicht unterbreitet werden können.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung. gez. Clemenceau.

Diese Note überrascht nicht weiter. Doch geht sie keineswegs von den Gesichtspunkten aus, deren Wahrnehmung bei der Beurteilung der Schuldfrage unerlässlich ist. Zunächst sucht Herr Clemenceau in dem Maße des Grafen Brockdorff, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe, den Unterschied von Volk und ehemaliger Leitung zu überbrücken. Aber auch unserer ehemaligen Leitung kann man nicht in der Art, wie er es versucht, nachweisen, daß sie einen Angriffskrieg geführt habe. Man muß unterscheiden zwischen der politischen Vorbereitung des Krieges und den militärischen Maßnahmen bei seinem Beginn. Gewiß haben wir nicht gewartet, bis man in andere Grenzen eindrang, sondern bedrängt, daß der Sieg die beste Parole ist; aber das hat mit einer planmäßigen Herbeiführung des Krieges ganz und gar nichts zu tun, und hieran allein kann es sich bei der Schuldfrage handeln. Weiterhin vergißt Herr Clemenceau gänzlich, daß die Entente selber durch alle möglichen Ränke und Klugumstände gesucht hat, daß eine Befestigung der Hohenzollern und des Militäregiments grundsätzliche Bedeutung für die Ausschüßung der Verständigung haben würde. Inzwischen ist bei uns der größte Wandel eingetreten den politisch je ein Volk in so kurzer Zeit durchgemacht hat, und er ist nicht zu verwechseln mit einer „Veränderung des leitenden Personals“ oder auch der „Veränderung eines politischen Regimes“, wie sie etwa in den Völkern der Entente öfter vorkommt. Solche kleine Veränderungen können freilich außerpolitisch nicht so weittragenden Einfluß haben, wie es eine vollständige Umwälzung aller Verhältnisse nach Art der Deutschen haben müßte und gerade nach unglücklichen früheren Behauptungen und Versprechungen der Entente haben sollte.

Der deutsche Kurier auf dem Wege nach Paris

Berlin, 21. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Kurier mit der Antwort auf die Friedensbedingungen der Alliierten hat gestern um 4 Uhr Spa passiert. Er wird heute früh in Paris ein treffen. Ob die Antwort der deutschen Regierung bereits Donnerstag den Alliierten durch Brockdorff-Rantzau überreicht wird, steht noch dahin.

Rotterdam, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail“ meldet aus Paris: Der Oberste Kriegsrat hat seine Beratungen am 20. Tage verlegt. Marschall Foch reist Sonntag wieder in das Hauptquartier zurück.

1919
mann,
31.7.
en?
ab:
urg.
2.
ig
2919
19.